

So sieht's aus:

# Kraftloses Land

**Analyse** Der Brexit absorbiert alle Energien der Politik, die doch »schreiende Ungerechtigkeiten« im Land beseitigen wollte. Das könnte dramatische Folgen haben.

**A**nfang Januar debattierte das britische Parlament über eines der drängendsten Probleme des Landes. Philip Alston, Uno-Sonderberichterstatter, zuständig für den Bereich extreme Armut, hatte das Vereinigte Königreich damit zum Jahresende unsanft konfrontiert. Nach einer zweiwöchigen Reise durch die fünftreichste Volkswirtschaft der Erde hatte Alston, der sich sonst überwiegend in Afrika oder Mittelamerika umtut, der Regierung Theresa Mays vorgeworfen, zahllose Bürger systematisch ins Elend getrieben zu haben. Es sei »nicht nur eine Schande, sondern ein soziales Unglück, ein ökonomisches Desaster«, dass Millionen britische Kinder in Armut lebten.

Das konnte so nicht stehen bleiben. Die Debatte im Unterhaus war auf einen Montagabend angesetzt. 14 von 650 Abgeordneten nahmen daran teil. Die zuständige Ministerin schickte einen ihrer Stellvertreter. Der versprach, Alstons Bericht »ernst zu nehmen«. Und dann waren die 30 Minuten für den Tagesordnungspunkt auch schon wieder vorbei.

Am kommenden Dienstag wird das britische Parlament wieder einmal über den Brexit debattieren. Viele Abgeordnete werden Mühe haben, im überfüllten Unterhaus auch nur einen Stehplatz zu ergattern. Die Diskussion wird sich abermals über Stunden hinziehen – es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem. Und wenn nicht alles täuscht, wird es danach noch wahrscheinlicher sein, dass sich der Brexit, der bislang für den 29. März terminiert ist, noch einmal verschiebt. Vielleicht um ein paar Monate. Vielleicht sogar um ein Jahr.

Was die beiden Debatten miteinander zu tun haben? Mehr, als man denken mag. Das leere und das volle Unterhaus zeigen, wofür dieses Land und seine Politiker noch Kraft haben. Und wofür nicht. Und je mehr Zeit und Energie der Brexit, dieses schwarze Loch der britischen Demokratie, absorbiert, desto wahrscheinlicher wird, dass sich das irgendwann rächt.

Als Theresa May im Juli 2016, kurz nach dem Brexit-Referendum, Premierministerin wurde, schien sie zu ahnen, dass die knappe Mehrheit von 52 Prozent nicht nur aufgrund leidenschaftlicher EU-Feindschaft den nationalen Alleingang gewählt hatte. Ihre erste Rede an die Nation widmete May jenen Millionen Landsleuten, die nach jahrelangem Sparzwang »nur noch gerade so über die Runden kommen«. Es sei eine »schreiende Ungerechtigkeit«, so die Konservative, dass Briten, »die heute in Armut geboren werden, im Durchschnitt neun Jahre früher sterben als andere«. Sie werde, versprach May, künftig bei allen Regierungsentscheidungen »nicht an die Mächtigen denken, sondern an Sie«.

Zweieinhalb Jahre sind seitdem vergangen. Und wenn May in dieser Zeit überhaupt mal Entscheidungen traf, dann waren es entweder falsche – oder solche, die sie kurz darauf wieder revidieren musste. Vor allem aber betrafen diese Entscheidungen zum allergrößten Teil den Brexit. Für die »schreienden Ungerechtigkeiten« im Land blieb leider keine Zeit. Kein Wunder, dass sie sich seither verschärft haben.

Der Report des Uno-Berichtstatters zeigt nur einen Ausschnitt der ganzen Malaise. Neun Jahre nachdem die konservativ geführte Regierung einen brutalen Austeritätsskurs, ausgelöst durch die Finanzkrise, eingeschlagen hat, ist das Land in Teilen kaputtgespart. Vor Kurzem kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass in Großbritannien fast vier Millionen Kinder in Familien aufwachsen, die sich gesunde Ernährung kaum noch leisten können. Ein neues Wohlfahrtssystem, Universal Credit genannt, sollte den Zugang zu staatlichen Hilfen erleichtern – erleichtert bislang aber vor allem den Weg in die Armut.

Der Nationale Gesundheitsdienst NHS, einst Stolz der Nation, operiert im permanenten Krisenmodus, Zehntausende Stellen sind unbesetzt. Und auch wenn die offizielle Zahl der Arbeitslosen sinkt, wird zugleich die Gruppe der »Working Poor« immer größer, also jener, die trotz Jobs nicht über die Runden kommen.

Für den Brexit dagegen scheinen unbegrenzte Ressourcen zur Verfügung zu stehen. Hunderte Millionen Pfund hat die Regierung bereits für das Projekt ausgegeben. Weitere Hunderte Millionen stehen bereit. Zudem legt der EU-Austritt nahezu den gesamten Regierungsapparat lahm. Erst vor zwei Wochen erging ein Hilferuf an rund 4000 Staatsdiener, ihr Alltagsgeschäft ruhen zu lassen, um sich den Brexit-Vorbereitungen zu widmen. In fünf Ministerien wurde nach Verstärkung Ausschau gehalten – darunter in jenen für Soziales und Arbeit. Es ist paradox: Während das Land beim Brexit auf der Stelle tritt, vertiefen sich täglich die Probleme, die ursächlich für ebendiesen Brexit waren.

Ja, mit einer Verschiebung des Austrittsdatums wäre Zeit gewonnen. Aber sonst nichts. Die Mammutaufgabe, den Brexit konkret umzusetzen, würde damit nur vertagt. Statt endlich wieder regiert zu werden, würde das Land weiter endlos um sich selbst kreisen. Und was, wenn sich das Parlament auch in drei, neun oder zwölf Monaten nicht auf einen Brexit-Plan einigen kann und sich noch einmal ans Volk wendet? Gut möglich, dass es für seine Unfähigkeit, ein funktionierendes Staatswesen zu garantieren, dann die Quittung erhalten wird. Jörg Schindler

Mail: joerg.schindler@spiegel.de



Anti-Brexit-Protest in London

HENRY NICHOLLS / REUTERS